

Steuerabkommen: Auch ein Scheitern wird diskutiert

STEUERSTREIT Der Finanzplatz Schweiz steht erneut unter Druck. Jetzt nur nicht nachgeben, mahnt ein Finanzexperte.

Für einen der Väter des Abgeltungssteuermodells, den Zürcher Finanzprofessor Martin Janssen, ist klar: «Wir müssen auch ein Scheitern der Abkommen mit Deutschland und Grossbritannien in Kauf nehmen.» Vor allen Dingen sollte man sich durch die Drohkulissen, die zurzeit in Deutschland und in Brüssel errichtet werden, nicht aus der Ruhe bringen lassen. «Wir können uns zurücklehnen und abwarten», sagt Janssen und warnt

davor, sich nun auf Nachverhandlungen einzulassen. Die Schweiz habe bereits grosse Zugeständnisse gemacht.

CD-Kauf wäre ein klarer Verstoss

Sollten die ausgehandelten Abkommen dennoch am Widerstand des Auslands scheitern, könne niemand der Schweiz Vorwürfe machen. «Dann fliesst halt ein bisschen weniger Geld nach Deutschland. Das tut aus liberaler Optik allen gut, auch Deutschland», bemerkt Janssen. Als klaren Verstoss gegen Geist und Inhalt des Abkommens würde er einen neuerlichen Kauf einer CD mit gestohlenen Bankdaten aus der Schweiz werten, wie dies laut deutschen Medienberichten das Bundesland Nordrhein-Westfalen plant.

Mit gezielten Indiskretionen wird auch in Brüssel gegen die Schweizer Steuerdeals operiert. Es geht um eine angeblich kri-

tische Analyse über die Vereinbarkeit der Steuerabkommen mit dem EU-Recht und dem Zinsbesteuerungssystem. Ohne dass die EU-Kommission abschliessend Stellung genommen hat, heisst es bereits, Brüssel dränge Berlin und London zu Nachverhandlungen mit Bern. Was in hiesigen Kreisen wiederum den Verdacht nährt, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble wolle sich hinter Brüssel verstecken, um innenpolitisch sein Gesicht zu wahren. Denn Schäuble habe es bei den Verhandlungen mit der Schweiz versäumt, sich bei den SPD-geführten Bundesländern besser abzusichern. Diese sind entscheidend für die Ratifizierung des Abkommens.

Bern hält den Ball flach

In Bern und bei den Banken will man von Nachverhandlungen nichts wissen. Aller-

dings ist man im Departement von Eveline Widmer-Schlumpf auch darum bemüht, sich wegen der Provokationen nicht auf einen verbalen Disput einzulassen. Man sei mit den Partnern ständig im Gespräch, heisst es. Für eine Änderung der Vertragstexte sehe man zurzeit keinen Bedarf.

An einem Aufschneiden des ganzen Verhandlungspaktes dürften auch die Verhandlungspartner der Schweiz kaum ein Interesse haben. Denn der erwartete Zufluss von Geldern in Milliardenhöhe würde sich damit erheblich verzögern und wegen der fortschreitenden Verjährung von Steuerdelikten auch verkleinern. Denkbar wäre hingegen, dass ergänzende Bestimmungen in einem Zusatzprotokoll verankert würden. Bei der von deutscher Seite offenbar ins Spiel gebrachten Zahl der erleichterten Amtshilfesuche lässt

der Vertragstext allerdings keinen Spielraum zu. Auch die Steuersätze wurden verbindlich festgelegt.

Stimmung im Parlament am Kippen

Zusätzliche Konzessionen könnten überdies die Ratifizierung in der Schweiz gefährden. Im Parlament ist die Stimmung ohnehin am Kippen. Bleibt die Frage, ob letztlich nicht doch die Geldnöte der hoch verschuldeten EU-Staaten den Ausschlag für eine Einigung aufgrund der ausgehandelten Deals geben werden. Im Falle Griechenlands drängt man die Schweiz jedenfalls auch in Brüssel zu einem raschen Abkommen, will allerdings bei den Verhandlungen als eine Art «Götti» mitmischen.

BALZ BRUPPACHER

balz.bruppacher@zentralschweizamsonntag.ch